

Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2005. ISBN: 3-593-37735-7; 315 S.

Rezensiert von: Gabriele Metzler, Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Der Sammelband „Neue Politikgeschichte“ ist ein wissenschaftspolitisches Ereignis. Das Buch, in dem Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“¹ präsentiert werden, dokumentiert die Rückkehr der Politikgeschichte nach Bielefeld. War im Programm der Historischen Sozialwissenschaft, wie Ute Frevert einleitend kritisch und sehr zugespitzt anmerkt, das Politische marginalisiert gewesen, so gilt die Aufmerksamkeit des SFB vor Ort nun der Frage, wie sich das Politische neu konzeptualisieren und daraus eine „neue Politikgeschichte“ entwickeln lässt.

Frevert zeichnet in ihrer Einleitung die Entwicklungslinien nach, an die der Bielefelder Forschungsverbund anknüpft. Dabei lässt sie erkennen, wie wenig fruchtbar die Debatten um eine „moderne Politikgeschichte“, die in den 1970er-Jahren das Fach in Aufregung versetzten und tiefe Gräben zwischen den beteiligten Denkrichtungen aufriß, letztlich doch waren, wobei auf die verdeckten Ähnlichkeiten zwischen den vermeintlich entgegengesetzten Positionen etwa Hillgrubers und Wehlers kürzlich an anderer Stelle aufmerksam gemacht worden ist.² Die weiterführenden Impulse gingen nicht von dem Streit etwa über den Primat der Innen- oder der Außenpolitik aus, sondern, namentlich seit den 1980er-Jahren, von der Alltagsgeschichte, von der feministischen Theorie und, im Anschluss daran, von geschlechterge-

schichtlichen Perspektiven. Hier wurde deutlich, dass die Grenzen des Politischen nicht a priori festgezogen waren und sich im historischen Verlauf änderten. Dies lenkte den Blick auf die kommunikativen Aspekte des Politischen, auf Fragen von Sprechweisen und Ritualen, Symbolen und Zeichen. Dabei lässt sich zwischen „symbolischer“ und „echter“ Politik nicht trennen, wie es beispielsweise der Politikwissenschaftler Murray Edelman in seiner klassischen Studie zu „Politik als Ritual“ vertreten hatte.³ Vielmehr ist davon auszugehen, dass Symbole und Rituale eine „genuine Dimension des Politischen“ darstellen (S. 20), symbolische Politik also ein maßgeblicher Teil von Wirklichkeits- und Sinnkonstruktionen ist, die den Raum des Politischen (mit)bestimmen.

Damit schlägt die Neue Politikgeschichte den Bogen zu neueren kulturgeschichtlichen Ansätzen, aus deren Perspektive auch bereits ein Entwurf einer „Kulturgeschichte der Politik“ formuliert wurde.⁴ Das Bielefelder Programm der Neuen Politikgeschichte hat zentrale kulturgeschichtliche Zugriffsweisen adaptiert, wohl wissend um die Gefahr eines zu schwammigen Politikbegriffes. Daher werden symbolische Praktiken, Semantiken oder Rituale rückgebunden an „soziale Bezugspunkte“ (S. 24) und unter dem Aspekt von Machtbeziehungen, Regeln von Inklusion und Exklusion, von Orten und Formen der Transformation des Unpolitischen in Politisches erforscht. Kurz, die Neue Politikgeschichte findet „ihren Gegenstand nicht primär in einem ‚Sachgebiet‘ (Schmitt), sondern in den Modalitäten und Mechanismen von Grenzziehungen“ (S. 24).

Die acht Fallstudien dieses Bandes exemplifizieren bestens das Programm. Sie thematisieren die politische Wirksamkeit von Ritualen, wie Jan Andres und Matthias Schwengelbeck in ihrem Beitrag zu den preußischen Inthronisationsfeiern des 19. Jahrhunderts, und zeigen, wie die modernen Medien etablierte (auf direktem Kontakt beruhende) Formen der Kommunikation grundlegend verän-

¹ Zu Programm und laufenden Arbeiten des seit 2001 bestehenden SFB: <http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/sfb584>. Kennzeichnend für das neue Bielefelder Profil ist auch die Einrichtung einer Professur für Historische Politikforschung (Prof. Dr. Willibald Steinmetz).

² Conze, Eckart, „Moderne Politikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Müller, Guido (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe, Stuttgart 1998, S. 19-30.

³ Edelman, Murray, *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt am Main 1990.

⁴ Mergel, Thomas, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574-606.

dernten. Damit wandelten sich aber auch die Grenzen politischer Deutung und Sinnstiftung sowie die Modi der Vergemeinschaftung (gut erkennbar in Alexa Geisthövels Untersuchung der „Augusta-Erlebnisse“ im Krieg von 1870/71). In diesen Beiträgen wie auch in den Aufsätzen von Sabine Hänsgen zum Kino der Stalinzeit und Meike Vogel zur medialen Deutung der APO zeigt sich die Stärke des neuen Bielefelder Ansatzes: Hier gelingt es, die Rolle der Medien in die Analyse politischer Deutungs- und Machtbeziehungen zu integrieren, die Medien also nicht als einen weiteren, bloß kommentierenden Akteur zu konzeptualisieren (wie es in den vielfältigen Studien vom Muster „Das Ereignis xy im Spiegel der Presse“ geschieht), sondern ihnen eine zentrale – und aktive – Bedeutung bei der Bestimmung des politischen Raumes zuzuerkennen. Diese Grenzen wurden (und werden) dort am klarsten gezogen, wo es um formale Regeln des Zutritts ging. Peter Behrendt kann diesen allgemeinen Befund am Beispiel der Debatten um das Wahlalter in der Weimarer Republik nochmals untermauern. An anderen Stellen des Grenzverlaufs sind die Muster der Verschiebung schwerer zu erkennen, etwa dort, wo es um den politischen Anspruch von Literatur geht (Dagmar Günther) oder um die Abgrenzung von Politik und Religion (Pascal Eitler am Beispiel des christlich-marxistischen Dialogs in der Bundesrepublik der 1960er- und 1970er-Jahre).

Was ist nun wirklich neu an der Neuen Politikgeschichte? Sie führt alltags-, geschlechter- und kulturgeschichtliche Ansätze zusammen und bindet die Analyse diskursiver, semantischer, semiotischer Strategien und Praktiken an die Untersuchung spezifischer Akteure oder Akteursgruppen. Damit hat sie die Chance, zu konkreteren und präziseren Aussagen zu gelangen als die neue Kulturgeschichte. Mit der Frage nach den Grenzen des politischen Raumes sowie nach den Akteuren und Modi der Grenzziehung und -verschiebung ist zudem ein offenes, epochenübergreifendes Problemfeld definiert, wobei insbesondere die Neuere Geschichte und die Zeitgeschichte vielfältige Anregungen aufnehmen können (und sollten), etwa im Hinblick auf Fragen der Medialisierung des Politischen. Hier hat die Refle-

xion aktueller Entwicklungen, in deren Licht das Politische an Eindeutigkeit verloren hat, das Erkenntnisinteresse und das Forschungsdesign der Bielefelder in produktiver Weise mit geprägt.

Freilich bleiben Fragen offen, und einige davon werden in dem Band selbst bereits angesprochen: Heinz-Gerhard Haupt plädiert in seinen abschließenden Betrachtungen zur „Historischen Politikforschung“ dafür, stärker als bisher die französischen Debatten zu rezipieren, in denen die Frage nach den Konstruktionsbedingungen und -mechanismen des politischen Raumes seit längerem diskutiert wird. Stärker ins Gewicht fallen indes seine weiteren Anmerkungen: Zum einen sei zu klären, wie symbolische Repräsentationen des Politischen rezipiert und Diskurse wirksam würden; zum anderen sei zu bedenken, dass der politische Raum nicht nur medial und kommunikativ hergestellt werde, sondern dass dabei der Gewalt und insbesondere dem staatlichen Gewaltmonopol zentrale Bedeutung zukomme; und schließlich sei zu fragen, inwiefern der Ansatz internationale Vergleiche zulasse (in diesem Band findet sich nur der deutsch-französische Vergleich im Beitrag Dagmar Günthers).

In der Tat trägt das Forschungsdesign in mancher Hinsicht eine „deutsche Handschrift“. Was als „Grenzen des Politischen“ thematisiert wird, mag vielfach eigentlich die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft sein; in diesem Band macht dies Christoph Gusys Analyse der staatsrechtlichen Diskussionen nach 1918 deutlich. Im deutschen Fall war die Grenze zwischen Staat und Gesellschaft oft mit der Grenze des Politischen identisch, während es sich im anglo-amerikanischen Kontext anders verhielt. Generell wird die Frage nach dem Staat in dieser Neuen Politikgeschichte ausweichend beantwortet, wenn nicht ganz marginalisiert. Zwar betont Frevert einleitend, der Staat sei „als politischer Akteur und Weichensteller [nicht] gering zu schätzen“ (S. 23), doch eine eingehende Klärung, wo er seinen Platz im Akteurstableau der Neuen Politikgeschichte findet, unterbleibt. Damit soll nicht einer Rückkehr zur Staatsfixierung der traditionellen Politikgeschichte das Wort geredet, wohl aber eine Leerstelle im neuen Konzept angedeutet

werden, zumal es Raum ließe für die Analyse der vielfältigen Neujustierungen, die an den Grenzen staatlichen Handelns gerade im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts vorgenommen wurden, wie das Programm des Bremer SFB „Staatlichkeit im Wandel“ belegt.⁵ Dass kulturgeschichtlich informierte Zugangsweisen die Handlungs- und Entscheidungsprozesse von Institutionen nicht ausblenden müssen, zeigen einzelne Projekte des Dresdner SFB „Institutionalität und Geschichtlichkeit“.⁶

Haupts Verweis auf die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols spricht aber nicht nur die Rolle des Staates an, sondern ist implizit zugleich eine Erinnerung an den Weberschen Machtbegriff, der im hier entfalteten Forschungsdesign ebenso wie die zentralen Kategorien von Gewalt und Herrschaft an den Rand gerückt ist. Man könnte daran anschließend auch die Frage stellen, ob sich der in der Politikwissenschaft etablierte Politikbegriff aus einer Politikgeschichte tatsächlich ganz ausklammern lässt (indem man lieber vom „Politischen“ spricht). Politik ist dort „die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher [...] Entscheidungen“.⁷ Blendet man die Dimension verbindlicher Allokationsentscheidungen aus, gelangt man zu einer *political history with the policy left out*, zu einer Politikgeschichte, die zentrale politische Handlungsfelder wie die Herstellung von Sicherheit oder die Produktion von Wohlfahrt – die im Übrigen keinesfalls von staatlichen Akteuren allein bearbeitet wurden – kaum zu fassen bekommen dürfte.

HistLit 2005-4-064 / Gabriele Metzler über Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*. Frankfurt am Main 2005. In: H-Soz-u-Kult 29.10.2005.

⁵Das Programm des Bremer SFB „Staatlichkeit im Wandel“: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de>.

⁶Zum Dresdner SFB „Institutionalität und Geschichtlichkeit“: <http://rcswwww.urz.tu-dresden.de/~sfb537>.

⁷Einschlägige Definitionen finden sich in allen politikwissenschaftlichen Handbüchern; hier nach Meyer, Thomas, *Was ist Politik?*, Opladen 2000, S. 15.